



antira-Wochenschau vom 29.05.23 & 05.06.23

Faschistisch*innen und Erfolge, Verschleppen und Retten, Kämpfe und Aufarbeitung

Antirassistischer Rückblick auf eine Woche voller Rassismus und Widerstand:

Wahlsieg für Erdoğan in der Türkei

Flucht- und Migrationsrouten Mai 2023

Abstimmung: SVP-Klimaschutz besteht aus Ausreden, Rassismus und Angstmache

Ungarn lässt 800 sogenannte «Schmuggler» frei

Asylcamps: Ständerrat will Bunker statt Containersiedlungen

Dublin-Abkommen: Baume-Schneider erhält dt. Tadel und ködert die it. Faschistin

Erinnerung ist Macht: In Gedenken an Todesopfer der polnisch-belarusischen Grenze

Polizeirassismus: Tod in Gewahrsam und rechte Cancel Culture

Frontex erweitert eigene Aufgaben in der Organisation von Abschiebungen

Referendum gegen die Asylverfahren an der EU-Aussengrenze?

Zürich: Lärmdemo gegen Eso-Nazis im Volkshaus

Rassist*innenehrung: Umbenennung des Raiffeisenplatzes in St. Gallen gefordert.

Zug: Protestaktion vor Glencore-GV

Die Artikel der antira-Wochenschau beruhen auf dem Medienspiegel der vergangenen Woche. Für eine bessere Lesbarkeit wird hier auf den Abdruck aller Links aus der digitalen Version verzichtet. Die vollständige Wochenschau gibt es auf antira.org, barrikade.info und per Newsletter. Möchtest du die Printversion der Wochenschau einmal pro Woche in deinen Briefkasten geliefert bekommen? Dann schick uns eine Email mit der gewünschten Lieferadresse an antira@immerda.ch.

Was ist neu?

Wahlsieg für Erdoğan in der Türkei

Nachdem am 15. Mai weder das Oppositionsbündnis Millet İttifakı (Allianz der Nation) um Kemal Kılıçdaroğlu noch das islamistisch-rechtsextreme Cumhur İttifakı (Volksbündnis) um Recep Erdoğan im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erringen konnte, stand am 28. Mai 2023 eine Stichwahl zwischen beiden an. Mit rund 52 Prozent der Wähler:innenstimmen wird Erdoğan die nächsten fünf Jahre die demokratischen Rechte weiter aushöhlen und die Rechte von Frauen und Queers sowie die Selbstbestimmung der Kurd:innen weiter angreifen können.

Im Folgenden einige Artikel, die zur Einordnung der Ereignisse und den daraus zu ziehenden Schlüssen vorgeschlagen werden:

Uraz Aydın von der Türkiye İşçi Partisi (TIP) hat im folgenden Artikel die politische und soziale Zusammensetzung der kandidierenden politischen Kräfte bei der Wahl durchleuchtet: <https://sozialismus.ch/international/2023/die-opposition-hat-nicht-gewonnen-das-regime-ist-nicht-zusammengebrochen/> Darin schreibt sie auch: «Allerdings ist auch das breite Lager um Kılıçdaroğlu – so sehr es eine gewisse Verbesserung demokratischer Freiheiten bedeuten könnte – durchaus kritikwürdig. Das Bündnis umfasst nämlich auch rechte und nationalistische Parteien. Und

Kılıçdaroğlu selbst war sich nicht zu schade gewesen, gegen in der Türkei lebende Geflüchtete, meist Syrer:innen, zu hetzen. Er tat dies bereits seit Jahren, doch in Hinblick auf die Stichwahl machte er die Hetze gegen Geflüchtete zu einem seiner Kernargumente, um unentschlossene Nationalist:innen an sich zu binden und fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung nutzbar zu machen. 10 Millionen Geflüchtete, versprach er, als Präsident abzuschieben – Erdoğan steht ihm hier allerdings in nichts nach.» Über den Diskurs rund um Migration in der Türkei sowie den Zusammenhang mit dem EU-Türkei Deal ist hier mehr zu lesen: <https://www.clingendael.org/publication/or-without-erdogan-we-need-talk-about-refugees-again>.



Der Abgeordnete der Grünen Linkspartei, Mehmet Rüstü Tiryaki, spricht nach den Wahlen von einem Prozess der Kritik und Selbstkritik. Er sagt: «In keiner Periode der Geschichte wurde die Demokratisierung eines Landes nur durch alle fünf Jahre stattfindende Wahlen erreicht. Alle Freiheiten und die Schaffung einer demokratischen Gesellschaft sind durch Kampf errungen worden, auch wenn der Preis dafür sehr hoch war. Als Partei sind wir uns dessen bewusst. Natürlich haben wir die Wahlen nie unterschätzt, aber wir haben auch nie geglaubt, dass die andauernden Probleme dieses Landes nur durch Wahlen gelöst werden können. Deshalb stellen wir den gesellschaftlichen Kampf auch außerhalb der Wahlen in den Mittelpunkt unserer Politik.»

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/tiryaki-wir-werden-niemals-in-hoffnungslosigkeit-erstarren-37716>

Der kurdische Rechtsanwalt Selahattin »Selo« Demirtas in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview seinen Rückzug aus der aktiven Politik verkündet. Der frühere Vorsitzende der linken Demokratischen Partei der Völker (HDP) werde niemals freikommen, hatte Erdogan noch in seiner Rede in der Wahlnacht am 28. Mai betont. »Todesstrafe für Selo!« skandierten daraufhin die in Ankara versammelten Anhänger der islamistisch-faschistischen Regierungsbündnis. Er schreibt in seiner Erklärung: «Wir müssen den Ansatz der Opposition, der den Parteien und dem Parlament verhaftet ist, schnell aufgeben und den sozialen Kampf als Grundlage nehmen».

<https://www.jungewelt.de/artikel/451907.kritik-und-selbstkritik-demirtas-erklärt-rückzug.html>

Flucht- und Migrationsrouten Mai 2023

Libyen, Mittelmeer, von Belarus bis Deutschland, EU & Afghanistan.

Eine neue Art von Migrationsabwehr: Drohnenangriffe von libyscher Regierung auf Küstenstädte, um Abfahrten über das Mittelmeer zu verhindern.

In den libyschen Hafenstädten Zawiya und Zuwara wurden Treibstofflager, Befehlszentralen und Kasernen von den Buzriba-Brüdern durch Drohnen beschossen. Sie sind der Kopf einer Miliz, welche mehrere Gefängnisse für Migrant*innen betreibt. Sie organisieren auch Überfahrten über das Mittelmeer nach Lampedusa und Sizilien. Bei dem Angriff wurden mindestens vier Menschen getötet. Die Drohnen starteten in Tripolis und gingen wohl von der libyschen Regierung unter Premierminister Abdulhamid Dabaiba aus.

Die libysche Regierung wird von türkischen Militärberatern unterstützt, es sind weiterhin türkische Soldaten und türkisches Militärgerät in Tripolis stationiert. Und auch türkische Drohnen: die Bayraktar-Drohne wird in Libyen, Marokko, Äthiopien, Niger und Nigeria eingesetzt. Die Vermutung besteht, dass der Beschuss ein Versuch der libyschen Regierung ist, die Abfahrten von Westlibyen aus zu unterbinden.

Bereits seit einiger Zeit gibt es eine Verlagerung der Abreise-Orte von Westlibyen nach Bengasi und Tobruk in Ostlibyen, sowie nach Sfax in Tunesien. Dort organisieren sich Menschen auf der Flucht inzwischen autonom, um sich vor Milizen zu schützen. Tunesien ist zwar etwas sicherer für Migrant*innen als Libyen, jedoch ist

die Migrationsroute von Sfax aus tödlicher als von Zawiya und Zuwara. Dies liegt vor allem an den noch unzureichenderen Booten, die die Menschen in Sfax organisieren können.

Diese Tendenz wird sich nun durch die Kämpfe in Tripolis und Westlibyen noch verstärken.

Das Thema Migration wird von verschiedenen Seiten versucht, zu instrumentalisieren. Die faschistische italienische Premierministerin Giorgia Meloni hatte sich Anfang Mai mit dem ‚Warlord‘ und Anführer einer weiteren libyschen Miliz in Westlibyen, Khalifa Haftar, getroffen, um sich über Migration auszutauschen. Seine Kriegsverbrechen und die, welche von seiner Miliz begangen wurden, wurden hierbei geflissentlich ignoriert.

Und die tatsächliche libysche Regierung wiederum versucht also, mithilfe von türkischen Beratern und türkischen Drohnen, Einfluss auf Migrationsbewegungen auszuüben. Die türkische Regierung erweitert seit Langem ihren politischen, wirtschaftlichen, humanitären und militärischen Einfluss auf dem Kontinent. Der Bau von Infrastruktur, von 30 Botschaften in den letzten 15 Jahren, die Einrichtung von militärischen Stützpunkten, die Ausbildung der somalischen Armee sowie Vertragsabschlüsse von Nigeria, Somalia, Algerien, Tunesien, Libyen und Marokko mit türkischen Rüstungsfirmen, sowie die Restauration von mehreren Moscheen in verschiedenen Ländern zeugen davon. Wenn man dies vor dem Hintergrund des



EU-Türkei-Deals betrachtet, vor dem Hintergrund der Deals der EU mit Libyen und Tunesien, vor dem Hintergrund der italienischen Migrations- und Asylpolitik, die nationales Recht auf einmal über internationales Recht stellt und sich mit libyschen Milizen trifft, wird das Bild der beständigen Externalisierung der EU-Ausgangsgrenzen sehr konkret. Und wer leidet darunter? Die geflüchteten und migrierenden Menschen. Wie immer.

Mittelmeer: mehr als 600 Menschen gerettet, mindestens 500 Menschen zurück nach Libyen geschleppt, Malta verweigert weiterhin Seenotrettung, Sea Eye 4 droht Strafe wegen neuer Gesetze in Italien

Maltesische Behörden ignorierten am 23. Mai einen Aufruf zu einer potenziellen Seenotrettung. Sie haben generell den Ruf, Hilfeleistung auf See zu unterlassen. Trotz der Tatsache, dass sie mit dieser Praxis internationales Seerecht brechen. Stattdessen

kontaktierten sie die sog. libysche Küstenwache. Diese schleppte das Boot mit fast 500 Menschen an Bord zurück nach Libyen. Dort wurden diese in Benghazi inhaftiert. Die Bedingungen in libyschen Haftzentren sind horrend und wurden von den eingesperrten Menschen und vielfachen Zeug*innen, von verschiedenen NGOs und z.B. auch der UNO bestätigt: Versklavung, (sexualisierte) Gewalt und Folter sind an der Tagesordnung.

Ein weiteres Boot mit 600 Menschen an Bord gab vor der Küste Siziliens einen Notruf ab. Sie konnten am letzten Samstag von der Geo Barents der Organisation Ärzte ohne Grenzen in einer dreistündigen Aktion an Bord genommen werden. Unter den Geretteten sind 151 Minderjährige. Ihnen wurde der Hafen von Bari zugeteilt. Die neue Praxis der italienischen Regierung, den zivilen Seenotrettungsschiffen Häfen zuzuteilen, die weit entfernt sind, ist Teil der Schikane und Kriminalisierung durch die faschistische Regierung unter Giorgia Meloni. So wurde z.B. der



Fortsetzung von Flucht- und Migrationsrouten Mai 2023

Sea Eye 4 nach einer Rettung von 17 Menschen der 1'300 Seemeilen entfernte Hafen in Ortona zugewiesen. Die weiten Strecken sind eine Belastung für alle Beteiligten und verzögern und verhindern weitere Seenotrettungsaktionen. Denn ein weiterer Erlass, der erging, beinhaltet das Verbot von mehreren Rettungen hintereinander. Dass die Sea Eye 4 daraufhin trotzdem letzte Woche einen weiteren Notruf annahm, das Schiff wendete und weitere 32 Menschen an Bord nahm, bedeutet, dass die Organisation mit

einer Strafe zu rechnen hat. Wegen dem Retten von Menschenleben? Das zeigt, wie pervers das System ist. Die Geo Barents wurde in diesem Jahr bereits mit einer Busse von 10'000 EUR belegt sowie mit einer 30-tägigen Festsetzung sanktioniert.

Von Belarus bis Deutschland: Deutsche Innenministerin Faeser will mehrere Hundertschaften von Polizei-Beam*tinnen für Grenzkontrollen an deutsch-polnischer Grenze einsetzen

Die autoritäre Regierung von Belarus übt seit Herbst 2021 ‚Druck auf die EU‘ aus, indem sie den Befehl gibt, die Grenzen zu öffnen und geflüchtete Menschen aus Krisengebieten einfliegen und von Grenz-Beam*tinnen über die Grenzen prügeln lässt.

Und die Reaktion der litauischen, lettischen und polnischen Regierung? Den Ausnahmezustand ausru-

fen und wiederholt verlängern; die Menschen ihrerseits zurück über die Grenze prügeln; Zäune errichten; Stacheldraht verlegen; solidarische Strukturen kriminalisieren; Gesetze erfinden, die Push-Backs legalisieren sollen.

Und die Kettenreaktion geht weiter. Die britische Regierung war an der Errichtung der nötigen abschottenden Infrastruktur beteiligt, u.a. an einem 5,50m hohen Stacheldrahtzaun zwischen Polen und Belarus, durch den sich bereits mindestens 16 Menschen schwer verletzt haben. Und die EU hat sich ebenso daran beteiligt, die Grenz-Zonen aufrecht zu erhalten. Neben der di-

rekten Beteiligung wird auch das Narrativ des Druck-Ausübens von mehreren europäischen Regierungen gerne gekauft und für ihre Zwecke benutzt. Ganz nach dem Motto: „Wir lassen uns nicht erpressen!“ fordert die deutsche Aussenministerin Nancy Faeser nun z.B. stärkere Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze. Bei einem Besuch im polnischen Świecko vereinbarte sie einen Deal, der mehrere Hundertschaften von Polizei-Beam*tinnen zum Einsatz bringen soll. Die Verstärkung der Grenz-Kontrollen an der deutsch-tschechischen Grenze hat bereits stattgefunden. Wenn die Massnahmen von Lukaschenko als „gesteuerter Migrationsdruck“ oder als „Angriff auf die Innere Sicherheit“ bezeichnet werden, dann spielt das ihm und seiner Politik in die Hände und die Menschen, welche letztlich tatsächlich darunter leiden, werden entmenschlicht und als etwas bezeichnet, das es zu bekämpfen gilt. Dies ist ein äusserst gefährliches Framing. Ganz abgesehen davon, wie verwerflich es ist, wenn schutzbedürftige Menschen als vermeintliches Sicherheitsrisiko benannt werden, genauso schlimm ist die Reaktion darauf. Denn sich nicht erpressbar machen, würde heissen: Es übt keinen Druck aus, wenn Menschen über die Grenze kommen. Sie sind willkommen und finden einen Platz. Und es würde bedeuten, sich deutlich zu positionieren: Menschen sind kein Kriegsmittel.

EU & Afghanistan: International Rescue Committee legt vernichtenden Bericht über Resettlement-Programme für geflüchtete Menschen aus Afghanistan vor

Das International Rescue Committee (IRC) hat einen vernichtenden Bericht darüber veröffentlicht, wie EU-Staaten es konsequent versäumt hätten, ihren Resettlement-Abkommen mit geflüchteten Menschen aus Afghanistan nachzukommen.

Die deutsche Regierung hatte 2021 ein Programm verabschiedet, in dem sie versprochen, 1'000 Menschen pro Monat aus Afghanistan in Empfang zu nehmen. Keine einzige (!) Person ist im Laufe dieses Programms nach Deutschland gekommen. Die italienische Regierung hat nur die Hälfte der Menschen aufgenommen, die sie versprochen. Zwei Jahre nach der Machtübernahme durch die Taliban fehlt es noch immer an sicheren Fluchtwegen in die EU. Viele Afghan*innen befinden sich unter gefängnisähnlichen Bedingungen auf den griechischen Inseln.

Dies gilt selbstverständlich nicht nur für afghanische Geflüchtete. Die Bedingungen sind für alle dort horrend. Jedoch ist es sehr erschreckend zu sehen, dass sogar die angepriesenen Resettlement-Programme nicht greifen und selbst die Menschen, die laut der restriktiven europäischen Migrations-Gesetze ein Recht auf Asyl hätten, komplett vernachlässigt werden.

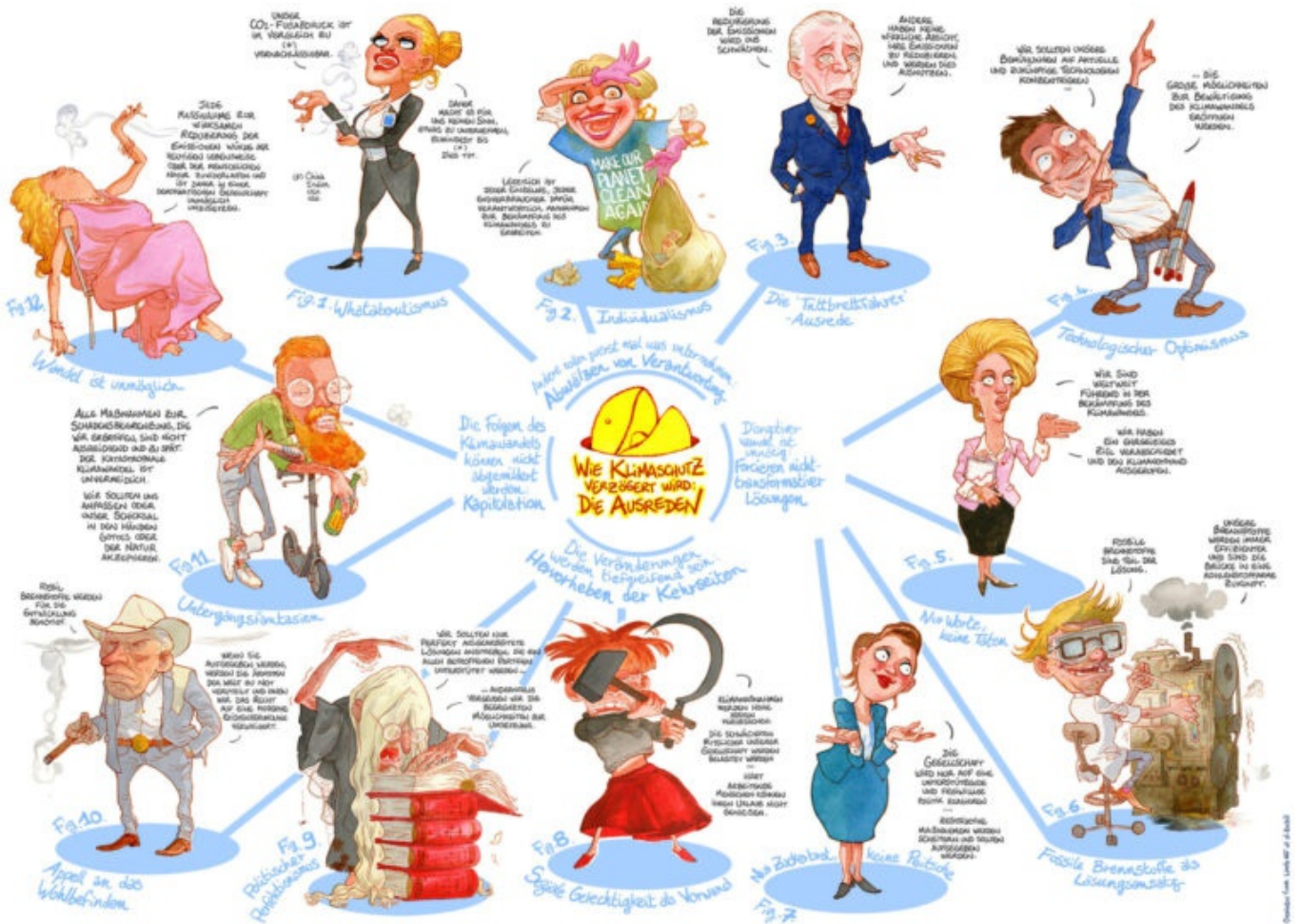
Im März 2023 wurde eine Studie des IRC unter geflüchteten Menschen aus Afghanistan durchgeführt, die in Athen oder Lesbos medizinische Unterstützung erhalten. Von diesen litten 90% unter Angststörungen und 86% unter Depressionen.

Abstimmung: SVP-Klimaschutz besteht aus Ausreden, Rassismus und Angstmache

Am 18. Juni stimmen die stimmberechtigten Personen in der Schweiz über ein Klimaschutzgesetz ab. Das Gesetz will nichts Wildes: Netto-Null-Emissionen bis 2050 einführen, nachhaltige Technologien fördern und zum Heizungsersatz einladen. Doch der niedrig-dosierte Klimaschutz wird mit einer Grosskampagne der SVP bekämpft.

Um den fossilen Kapitalismus zu verteidigen, lässt sich die SVP nicht lumpen und verschickte in alle Haushalte des Landes eine Abstimmungszeitung. In den sogenannten «Energie News» finden sich erstens gewaltige Ausreden und Fake-News, die einladen nichts oder noch weniger für den Klimaschutz zu tun. So heisst es im Leitartikel gross, dass fossile Brennstoffe nicht ein Problem, sondern ein Teil der Lösung seien. Stark auf nachhaltige Energiequellen zu setzen, führe ins Chaos und in eine Versorgungskrise. Mit solchen Aussagen wird von der Notwendigkeit abgelenkt, hier und jetzt mit einer anderen Klimapolitik und einer nachhaltigen Produktionsweise zu beginnen. Eine andere Ausrede: «Die Schweiz ist vorbildlich beim Umweltschutz. Der CO₂-Ausstoss pro Kopf wurde um 40% gesenkt.» Hier wird davon abgelenkt, dass heute mehr denn je sofort Taten und nicht weitere Worte gefragt sind. Ebenfalls vorhanden sind Ausreden, die darauf abzielen, die Verantwortung auf andere abzuwälzen: «China produziert an einem Tag gleichviel CO₂ wie die Schweiz in einem Jahr», daher mache es ohnehin keinen Sinn, etwas zu unternehmen. «Die Schweiz kann das Klima nicht retten», folgert die SVP. Das Gesetz schwäche – ach wie schlimm – den Wirtschaftsstandort Schweiz, was wieder-

um andere mit grösserem CO₂-Fussabdruck stärken, die davon profitieren werden. Nebst Ausreden liefert die SVP Argumente aus ihrem rassistisch-nationalistischen Werkzeugkasten: Das Nein zum Klimagesetz sei ein Nein aus Liebe zur Heimat, zu Landschaften, zu Mensch und Tier: «Man industrialisiert die Landschaft. (...) Es ist absurd, ja. Eine Windturbine im Wald bedroht vor allem Vögel und Fledermäuse. (...) Man verliert wichtige Naherholungsgebiete.» Nachdem sich die SVP als nationale Naturschutzpartei gebärdet, stellt sie ihrer Leser*innenschaft rhetorisch die rassistische Gretchenfrage: «Wollen wir Verhältnisse wie in Afrika?» Afrika wird von der SVP verleumdend als Synonym für «Stromunterbrüche und Strom-Rationierungen» verwendet. Wem Afrika in dieser Angelegenheit etwas zu weit weg liegt, um zu verstehen, wie toll das bedrohte nationale «Wir» im Verhältnis zum minderwertigen gefährlichen «Anderen» sei, erhält im nächsten Artikel eine zweite Chance: «Abschreckendes Beispiel Deutschland. (...) Mit dem Strom-Fressergesetz machen wir die gleichen Fehler wie in Deutschland.» Um die Natur zu schützen und besser zu sein als Afrika und Deutschland bleibt die SVP bei den altbekannten Rezepten und stellt Migrant*innen einmal mehr als Sündenbock dar. Der beste Klimaschutz sei –



Ausreden, um nichts für das Klima zu tun, finden sich nicht nur bei der SVP.

so die SVP – durch einen verstärkten Grenzschutz zu erreichen: «Die Schweiz hat grosse Fortschritte gemacht bei der Energie-Effizienz. Aber die masslose Zuwanderung macht sämtliche Einsparungen zunichte. (...) Die Zuwanderung verbraucht die gesamte Stromproduktion des KKW Gösigen.» Durch rassistische Grenzkontrollen könnte ein Atomkraftwerk eingespart werden, lautet hier ökorassistische Argument.

Der dritte Strang, den die SVP nutzt, um die Menschen für den fossilen Kapitalismus zu gewinnen, spielt mit deren Sorgen als Lohnabhängige und deren Ängste vor sozialem Abstieg. Immer wieder weist die SVP darauf hin, dass die kleinen Leute die grossen Opfer des Klimaschutzes sein wer-

den: «Das Stromfresser-Gesetz verteuert das Wohnen für alle», «Diesel betriebene Traktoren werden verboten. Benzin für die Notstromgruppe auf der Alp ist nicht mehr erlaubt», «Fleisch wird nur noch für Reiche erschwinglich sein» und «Autofahren nur noch für Reiche?». Dass die SVP konsequent die Interessen des Kapitals im weiten Sinne und der Schweizer Kapitalist*innen im engeren Sinne vertritt und immer gegen eine kollektive demokratische Kontrolle der Wirtschaft und gegen eine Umverteilung des Reichtums ist, bleibt unsichtbar. Den Lohnabhängigen wird paternalistisch nahegelegt, daran zu glauben, dass wenn es den Chef*innen und der Nation gut geht, es allen etwas besser geht.

Während die «Energie News» die Gefahr

Fortsetzung von: SVP-Klimaschutz besteht aus Ausreden, Rassismus und Angstmache

des Klimawandels relativiert, konzentriert sich eine Nebenkampagne der SVP darauf, diese Gefahren zu leugnen. Für die Nebenkampagne verantwortlich ist SVP-Mitglied Kurt Zollinger. Aussagewunsch hier: Klimawandel ist keine Gefahr, sondern eine Chance. Und: Klimawandel ist nicht menschengemacht, sondern natürlich. Um dies zu verklickern, verschickte Zollinger tausende Flyer mit Verschwörungstheorien. Darin steht, die Angst vor der Klimakrise gebe es nur, «weil seit Jahren Panikmache betrieben wird, hauptsächlich von amerikanischen Milliardären, die mit der Angst riesige Geschäfte machen.» Die Milliardäre würden Forschende bezahlen, damit diese den Klimawandel mit Problemen in Verbindung bringen. Wer – wie Zollinger – es ernst meine, kenne «namhafte seriöse Wissenschaftler» die aufzeigen, dass Erderwärmung stattfindet, doch gut sei für «Pflanzenwuchs und die Nahrungsproduktion. Sie stellt überhaupt keine Bedrohung dar. Und CO₂ ist der wichtigste Baustein aller Pflanzen.»

Die beiden Kampagnen verkehren Tatsachen und verleugnen Probleme. Angesichts der zerstörerischen Folgen des menschengemachten Klimawandels ist dies ein Hohn für jedes Lebewesen. Dass solche Ausreden und Rassismen dennoch ankommen, hängt wohl mit der privilegierten Position der Schweiz zusammen. Diese bietet vielen die materielle Grundlage, aus der Klimafrage eine Geschmacksfrage zu machen. Die Kampagnen zeigen zudem auf, wie wichtig es für antirassistische Praxis ist, zu Klimafragen nicht zu schweigen. Die Rechten sind in der Lage, die Themen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu vereinnahmen. Besonders schnell gelingt ihr dies, wenn wir akzeptieren, die globale Klimafrage auf die Nation zu reduzieren (was die Ja-Kampagne leider tut). Dann nämlich verdreht sich Klimaschutz leicht in einen Schutz von Heimat, Wirtschaftsstandort, Landschaft und Volk. Jedes Stärken des Nationalismus macht es unendlich komplexer, die globale Überwindung des (Green-)Capitalism in die Hand zu nehmen. Doch an dieser Aufgabe führt aus ökologischen Gründen wohl wenig vorbei.

Ungarn lässt 800 sogenannte «Schmuggler» frei

Mit der Bedingung, Ungarn innerhalb von 72 Stunden zu verlassen, werden hunderte Migrant*innen aus ungarischer Haft entlassen. Die Betreuung der wegen «Menschenschmuggels» verurteilten Personen ist Orbans Regierung zu teuer – für die schlechten Haftbedingungen wurde Ungarn gerügt und zu Strafzahlungen verurteilt. Die Aktion ist ein klares Zeichen, sich von der EU nicht unter Druck setzen zu lassen.

Wie auf allen Fluchtrouten nach Europa sind Migrant*innen auf der «Balkanroute» auf Menschen angewiesen, die ihnen über die stark überwachten und gefährlichen Grenzen helfen. Das Stellen eines Asylgesuchs in Europa ist nur im Ankunftsland möglich. Die europäischen Staaten versuchen jedoch alles, um das Ankommen in ihren Ländern zu verhindern. Diese Abschottungspolitik macht die Arbeit von sogenannten Schmuggler*innen erst nötig. Häufig werden auch Migrant*innen selbst wegen der Beihilfe zur unerlaubten Einreise angeklagt und verurteilt. So sitzen in Ungarn ca. 2'600 ausländische Staatsbürger*innen in Haft, die meisten von ihnen wegen «Schmuggels».

Von den überraschenden Entlassungen betroffen ist eine nicht genau bekannte Zahl an Menschen, zuletzt war von 808 die Rede. Es sind Personen mit Haftstrafen unter

fünf Jahren. Von einem Umdenken in der ungarischen Migrationspolitik zeugt dies aber keinesfalls. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Migrant*innen als machtpolitischer Spielball genutzt werden. Nach offizieller Begründung sind die Gefangenen Ungarn zu teuer. «Die Gefängnisse sind überfüllt – und es gibt in Straßburg Prozesse gegen uns – damit wir für diese Strafgefangenen weiter Geld ausgeben sollen. Sie freizulassen ist die richtige Entscheidung, damit wir nicht weiter auf Kosten ungarischer Steuerzahler mehrere hundert Menschenschmuggler mit ungarischer Gefängnisverpflegung durchfüttern», sagte der ungarische Minister Gulyás. Damit reagiert die ungarische Regierung auf die Kritik an den schlechten Haftbedingungen im Land und die von europäischen Gerichten geforderten Strafzahlungen. Ungarn benennt die Kosten für die Unterbringung der sog. „Schmuggler“ in den Gefängnissen auf 5 Millionen Euro pro Jahr. Geld, welches sie von der EU zurückfordern – oder eben diese Aufgabe nicht mehr übernehmen.



Bild: Die ungarischen Gefängnisse sind überfüllt, die Haftbedingungen schlecht.

Asylcamps: Ständerrat will Bunker statt Containersiedlungen

Die Bundesasylzentren von Bund und Kantonen sind seit Monaten voll. Und es werden höhere Asylzahlen vorausgesagt. Deshalb sollen zur temporären Unterbringung auf Armeegeländen Containersiedlungen geschaffen werden. Der Ständerat hat den Kredit von 133 Millionen Franken für das SEM jedoch letzte Woche abgelehnt.

Die Argumentation von Mitte und Rechts: Bevor man Containerdörfer baue, solle zuerst das Potenzial bei bestehenden Zivilschutzanlagen ausgeschöpft werden. Denn nur im Notfall könne das Gesetz einfach über die Mitsprache der Gemeinden hinweg gelten. Gegenargument der SP: Die Kantone hätten selbst Nutzungsbedarf der Zivilschutzanlagen (u.a. auch zur Unterbringung von Asylsuchenden?) und der Bund könne ihnen diese nicht einfach streitig machen. Die SP wirft den bürgerlichen Gegner*innen zudem vor, so einen Aus-

nahmezustand herbeizuführen und das Problem auf die Kantone abzuwälzen. Der Entscheid macht erneut deutlich, wie schweizerische Asylpolitik funktioniert: Erstens wird über Containersiedlungen auf Armeearealen abgestimmt, was an sich schon eine traurige Sache ist. Auch wenn diese tatsächlich die bessere Lösung als unterirdische Zivilschutzanlagen sind, birgt auch diese Unterbringungsart viele Probleme in Bezug auf die Privatsphäre der geflüchteten Personen und einer funktionierenden Infrastruktur. Denn die

Containersiedlungen sind temporär angelegt. Zweitens streitet man sich über die Lastenverteilung zwischen Bund und Kantonen. Was für die geflüchteten Personen sinnvoll sein könnte, kommt in den Diskussionen im Parlament nicht vor. Drittens, so erkannte auch die SP, wird mit diesem Entscheid erneut das Notstandgerede im Asylsystem befeuert. Die Krise des Asylsystems, nicht die Krise, in denen die ankommenden Geflüchteten stecken.



Dublin-Abkommen: Baume-Schneider erhält deutschen Tadel und ködert die italienische Faschistin

Baume-Schneider reiste nach Rom, um Meloni dazu zu bringen, die Dublin-Abschiebungen der Schweiz nach Italien wieder zuzulassen. Gleichzeitig wirft ihr das offizielle Deutschland vor, das Dublin-Abkommen nicht einzuhalten.

„Erfolg für Baume-Schneider“, titelte der Blick und freute sich ernsthaft darüber, dass eine SP-Bundesrätin extra nach Rom reist, um von Meloni zu fordern, schleunigst wieder Dublinabschiebungen der Schweiz nach Italien zuzulassen. Wer spricht von Erfolg, wenn geflüchtete Personen in ein Asylsystem verdrängt werden sollen, das von einer Faschistin verwaltet wird?

Hintergrund der Italienreise ist, dass Meloni seit Dezember keine Dublin-Abschiebungen der Schweiz mehr akzeptiert. Die Blockade rechtfertigt Meloni damit, dass Italien keine Aufnahmekapazitäten mehr habe. Bis es in den Abschiebecamps CPR keine neuen Plätze gebe und mehr Menschen abgeschoben würden, könne der Zustand andauern, hiess es noch vor einigen Wochen. In Rom hat nun der italienische Innenminister Piantedosi „in Aussicht gestellt“, dass die Abschiebungen „in den nächsten Monaten“ wieder aufgenommen würden. Erneut knüpfte er diese Zusage an den Ausbau der italienschen Abschiebekapazitäten.

Als Köder bot Baume-Schneider 20 Millionen Franken aus dem Rahmenkredit für Migration des zweiten EU-Kohäsionsbeitrag an. Das Geld könne für die Unterbrin-

gung und Betreuung von Asylsuchenden genutzt werden. Wie die Zustände in den Abschiebecamps sind, zeigt diese Woche eine Recherche von Altreconomia. Sie fanden heraus, dass geflüchtete Personen mit diversen Medikamenten vollgepumpt und ruhiggestellt werden. Dies führte zu bedeutsamen Minderausgaben, da es für medikamentös ruhiggestellte Menschen weniger Essen brauche. Kurzfristig bezahlt die offizielle Schweiz übrigens eine halbe Million Franken für sogenannte kulturelle Mediation der IOM. Damit sich „die Kommunikation zwischen eintreffenden Flüchtlingen und der Polizei verbessert“ und die entrechtenden Asylverfahren beschleunigt durchgeführt werden können. Es kann also gesagt werden, dass die offizielle Schweiz die faschistischen Verschärfungen des italienischen Asylregimes finanzieren, um dorthin Asylsuchende abschieben zu können.

Gemäss dem EJPD zeigte Baume-Schneider „Verständnis für die schwierige Situation Italiens“. Druck, dass Meloni im Mittelmeer ihre Todespolitik gegen Geflüchtete beendet, scheint nicht ausgeübt worden zu sein. Stattdessen liess das EJPD durchsickern, dass es mit der entrechtenden Verschärfung der Dublinverordnung (vgl.

*Fortsetzung von Dublin-
Abkommen: Baume-
Schneider erhält
deutschen Tadel und
ködert die italienische
Faschistin*



Wochenschau der letzten Woche) einverstanden sei. Die Verschärfung besteht im Wesentlichen darin, alle Asylgesuche direkt an den Schengenaussengrenzen in riesigen Camps wie jenes in Moria und beschleunigt (also entrechtend) durchführen zu wollen.

Während Baume-Schneider von Italien fordert, sich an das Dublinabkommen zu halten, wirft ihr die deutsche CDU vor, das Dublin-Abkommen zu umgehen, da viele geflüchtete Personen die angeben, die Schweiz durchqueren zu wollen, vom Schweizer Grenzwachkorps durchgewunken würden. Die Menschen reisen aus Österreich oder Italien ein. Gemäss Dublin-Abkommen sollten diese Menschen entweder Zugang zum Schweizer Asylsystem erhalten oder nach Österreich oder Italien abgeschoben werden. Die offizielle Schweiz behauptet, es seien keine Asylsuchenden sondern illegal anwesende Personen, die die Schweiz wieder verlassen sollen. So haben sich im zweiten Halbjahr 2022 die registrierten Einreisen aus der Schweiz nach Deutschland auf 8'900 ver-

fünffacht. Trotz des Winters sind die Zahlen hoch geblieben und bis Ende März zählte die deutsche Polizei allein in Baden-Württemberg bereits wieder 4'000 eingereiste Migrant*innen. Die CDU fordert, die Grenze zur Schweiz wieder systematisch zu kontrollieren. Hierfür erhält die christliche CDU Beifall von der faschistischen AFD. Falls sich die Lage nicht entspanne, fasse er dies ins Auge, verkündete daraufhin Bundeskanzler Olaf Scholz. Deutschland müsse seine «eigenen Grenzen gut bewachen». Das SEM kontert, dass aktuell weder die öffentliche Ordnung noch die innere Sicherheit ernsthaft bedroht seien. Das sei die Voraussetzung dafür, dass Schengen-Staaten für einen begrenzten Zeitraum wieder Binnengrenzkontrollen einführen könnten. Daher lasse sich die CDU-Forderung nicht umsetzen. Bevor Scholz handle, wolle er den im letzten Dezember verabschiedeten deutsch-schweizerischen Aktionsplan für die intensivere Polizeikooperation im Grenzgebiet evaluieren.

Polizeirassismus: Tod in Gewahrsam und rechte Cancel Culture

Ein Polizeimord in Berlin aus dem Jahr 2018 erhält Aufmerksamkeit. Einer Dozentin, die Rechtsextremismus in der Polizei anprangert, wird gekündigt. Und die Schweizer Polizei veröffentlicht ihren Jahresbericht über Taser- und Schusswaffeneinsätze.

Erst im April veröffentlichte antira.org einen Artikel über den institutionellen Rassismus in der Londoner Polizei, in dem wir auch drei unaufgearbeitete Polizeimorde an BIPoC-Personen in Deutschland alleine im Jahr 2022, sowie den Polizeimord an Nzoy in der Schweiz erwähnten. Ebenfalls im April veröffentlichte antira.org einen Artikel zu Rassismus in der deutschen Polizei. Und jetzt ist noch nicht einmal Juni und wieder kommen neue Fälle ans Licht. Rassismus und Diskriminierung von Menschen in psychischen Ausnahmezuständen durch Polizeibeamt*innen (was im schlimmsten Fall tödlich enden kann) sind eben allge-

genwärtig und machen nie Pause. Selbst wenn die deutschen Behörden noch so gerne das Gegenteil behaupten.

So bekommt nun ein Fall aus dem Jahr 2018 mehr Medienaufmerksamkeit, in dem der 36-jährige Aristeidis L. in Berliner Polizeigewahrsam kollabierte und zwei Wochen später im Krankenhaus starb. Er hatte einen Atemstillstand erlitten, nachdem drei Polizeibeamt*innen auf ihm gekniet hatten. Zu diesem Zeitpunkt war er sowohl an Händen als auch an Füßen gefesselt gewesen, er war mit Pfefferspray besprüht worden und ihm war ein „Spuckschutz“ (eine OP-Maske) aufgesetzt worden. Zudem geht

aus dem Polizeibericht hervor, dass die Beamt*innen ihn als unter Alkohol- oder Drogen Einfluss eingeschätzt hatten. Und in diesem Fall ist der Einsatz von Pfefferspray immer riskoreich. Zusätzlich hatte er sich mehrfach selbst verletzt, in dem er seinen Kopf gegen die Scheibe des Polizeiwagens geschlagen hatte. Wenn man sich also alle



diese Faktoren anschaut, scheint es kein Wunder, dass er letztlich kollabierte. Wie können die Polizeibeamt*innen ihr Verhalten für gerechtfertigt gehalten haben? Und wie kann die Staatsanwaltschaft nur zwei Monate später die Ermittlungen einstellen? Forderungen nach einer unabhängigen Instanz zum Melden von Polizeigewalt und zur Ermittlung gegen Polizei-Beamt*innen werden leider seit Jahrzehnten ignoriert. Ebenfalls der Aufruf danach, dass Situationen mit Menschen in psychischen Ausnahmezuständen nicht von bewaffneten Polizei-Beamt*innen gehandhabt werden sollten, sondern z.B. von unbewaffneten Krisendienst-Mitarbeitenden, wird kaum erhört. Obwohl das Rufen der Polizei Menschen in psychischen Krisen in tödliche Gefahr bringen kann. Dies wird u.a. in der Recherche von der Zeitschrift CILIP / Bürgerrechte & Polizei deutlich, die tödliche Polizeischüsse seit 1989 dokumentiert, sowie in der Aussage des Kriminologen und Polizeiwissenschaftlers Thomas Feltes: „In drei von vier Todesfällen durch Polizeigewalt sind die Opfer psychisch krank.“

Dass die Institution Polizei genauso daraus entstanden ist, die Reichen zu schützen und die Armen zu bestrafen und zu disziplinieren wird auch an einem weiteren Beispiel in Rorschach deutlich, in dem ein junger Mann (ebenfalls in psychischem Ausnahmezustand) mit einem Taser beschossen wurde, weil er ein Schiff beschädigte. Besitz vor Menschen also.

Im Jahresbericht der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz (KKPKS) ist im Jahr 2022 von 69 Tasereinsätzen die Rede,

mit der schönen Formulierung: „Insgesamt mussten die Elektroimpulspistolen 69 Mal ausgelöst werden.“ Als hätten Beamt*innen keine Wahl gehabt, dies zu tun. So wird ihnen selbst in der schriftlichen Berichterstattung die Verantwortung für den Einsatz entzogen.

Schliesslich gibt es doch ein weiteres anschauliches Beispiel dafür, wie der ‚Korpsgeist‘, die Polizei durchzieht und die Augen vor Rassismus in der Polizei nicht nur verschlossen, sondern zugekniffen werden. Nachdem Bahar Aslan, Dozentin für „Interkulturelle Kompetenz“ an der Polizeihochschule in Kaiserslautern in einem Tweet Rechtsextremismus in der Polizei kritisierte, wurde ihr prompt gekündigt. Der »ganze braune Dreck innerhalb der Sicherheitsbehörden« mache ihr Angst. Ihre Angst dürfte sich durch die rechte Cancel Culture nicht vermindert haben.

Ein Tweet, der Rassismus ‚in den eigenen Reihen‘ anprangert: Kündigung! Stephan Maninger, Dozent an der Bundespolizeiakademie Lübeck, faselte von „Afrikanisierung und Islamisierung“, hetzte gegen die Ehe für alle, schrieb für die rechte Zeitung „Junge Freiheit“, gründete einen rechtsextremen Verein und hielt Vorträge für Leute aus dem NSU-Umfeld: bis heute Professor an der Bundespolizeiakademie! (Obwohl ihm der Lehrauftrag entzogen wurde, allerdings erst auf Druck von der Landesregierung).

Hier dürfte wohl wieder einmal ein deutlicher Beweis für die Gesinnung der Polizei vorliegen. Bleibt nur noch abzuwarten, wann der nächste Artikel über rassistische Polizeigewalt in der antira-Wochenschau erscheint – wahrscheinlich warten wir nicht allzu lange.

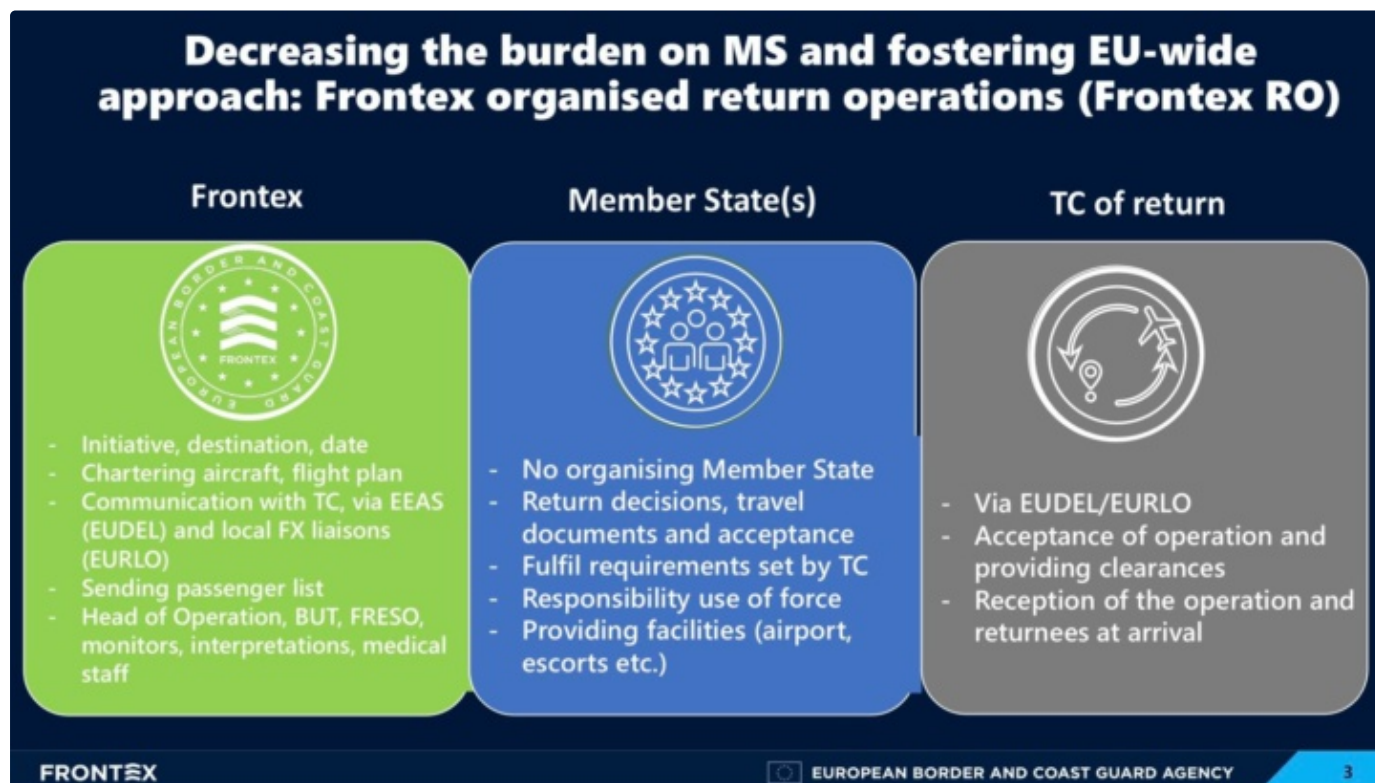
Frontex erweitert eigene Aufgaben in der Organisation von Abschiebungen

In einem Pilotprojekt hat Frontex in den Jahren 2022 und 2023 drei Flüge organisiert, bei denen insgesamt 143 Personen nach Albanien, Nigeria und Bangladesch abgeschoben wurden. Nun will die Agentur in diesem Jahr für vier weitere Abschiebungen die Initiative, Zielplanung und Terminierung übernehmen – Aufgaben, die bisher bei den nationalen Behörden lagen.

Die Pläne von Frontex, eine wichtigere Rolle bei Abschiebungen zu übernehmen, wurden bei einer informellen Sitzung des strategischen Ausschusses für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen des EU-Rates vorgestellt. Zu den neuen Aufgaben gehören unter anderem die Initiative, Ziel und Datum, das Chartern des Flugzeugs,

die Kommunikation mit dem Zielland und dem EU-Land, sowie die Bereitstellung von Einsatzleitung und medizinischem Personal.

Die wichtigste Neuerung wird durch den Abschnitt über die Rolle der Mitgliedstaaten in der Präsentation hervorgehoben: „Kein organisierender Mitgliedstaat“. Bis



Ausschnitt aus der Präsentation des Direktors des Europäischen Rückführungszentrums auf dem informellen Treffen des Strategischen Ausschusses für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen (SCIFA), im April 2023.

Fortsetzung von Frontex erweitert eigene Aufgaben in der Organisation von Abschiebungen

her hat Frontex eher als Vermittler denn als Organisator von Abschiebeflügen fungiert. Für die Gewaltanwendung bei den Abschiebungen sollen die Mitgliedstaaten verantwortlich bleiben. Unklar ist, wie genau das zukünftig organisiert werden soll. Auch will sich Frontex um die Bereitstellung von Menschenrechtsbeobachter*innen an Bord

kümmern. Wie gern Frontex bei den Verletzung von Menschenrechten wegschaut, wissen wir leider. Zudem zeigt ein Bericht von Statewatch vom November 2021, dass Frontex damals zwar eine Rekordzahl von Abschiebungen koordiniert hatte, die Zahl der Flüge mit einer Menschenrechtsbeobachter*in an Bord jedoch um 7 % zurückgegangen war. Es ist kritisch zu beobachten, wie Befugnisse der gewalttätigen und intransparenten Agentur weiter zunehmen.

Was nun?

Referendum gegen die Asylverfahren an der EU-Aussengrenze?

Die EU plant eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Eigentlich könnte das ein hoffnungsvoller Prozess sein mit dem Ziel weniger Gewalt und Sterben an den Grenzen Europas. Aber die EU schlägt eine andere Richtung ein. Die deutsche Bundesregierung hat am 28. April 2023 im Bundestag auf den Vorschlag für «verpflichtende Grenzverfahren» positiv reagiert und Unterstützung signalisiert. Was bedeutet diese Entwicklung für einen antirassistischen Widerstand in Europa und noch konkreter der Schweiz?

Verpflichtende Grenzverfahren bedeuten konkret, dass obligatorische Schnellverfahren an den Aussengrenzen der EU eingeführt werden sollen. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe spricht von einem vorgeschalteten Screening an der EU-Aussengrenze. Dabei wird geprüft, welche Geflüchteten für ein reguläres Asylverfahren überhaupt noch in Frage kommen. Ausschlusskriterien sind z.B. eine tiefe Anerkennungsquote der EU für das Herkunftsland oder der Fluchtweg. Wenn dieser durch ein Land führt, das nach

Ermessen der EU als «sicher» eingestuft wird, dann gilt das Asylgesuch als unzulässig. Der Vorschlag der EU-Kommission zum geplanten Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) würde die EU-Hotspots per Recht legitimieren. Moria zum Beispiel, das Lager, das 2021 niedergebrannt war und die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson zwei Tage danach vor dem EU-Parlament säuselte: «No more Morias». Moria war und ist einer dieser Orte für die sogenannten verpflichtenden Grenzverfahren. Oder die so genannten Transitzonen an der

ungarischen Grenze. 2015 hat Ungarn diese nicht nur für Flughäfen angelegt, sondern neu definiert als Formen umzäunter, abgeschlossener Lager für geflüchtete Menschen an den Landesgrenzen. Beide Formen bedeuten laut ProAsyl eine faktische Inhaftierung von Menschen und eine massive Einschränkung wenn nicht faktische Abschaffung des Zugangs zu regulären Asylverfahren.

Widerstand kommt von über 50 Organisationen. So fordert ein Appell «keine verpflichtenden Grenzverfahren an den EU-Aussengrenzen», «keine Absenkung der Anforderungen an ‘sichere Drittstaaten’» und «keine Weiterführung des gescheiterten Dublin-Systems». Ein Anfang. GEAS wirft aber auch Fragen auf für die Formen des Widerstands in den einzelnen europäischen Ländern. Wenn geflüchtete Menschen an den europäischen Aussengrenzen entrechtet und inhaftiert werden, ist Widerstand in einzelnen Ländern auch auf diese Entwicklung hin zu organisieren. Was könnte das bedeuten? Eine Vernetzung vor Ort für die Informationen was in den Hotspots und Transitzenen geschieht,

wenn Zugang überhaupt erkämpft werden kann, eine Organisation von Widerstand, der fokussiert auf die politischen Entscheidungsträger*innen und deren Handeln ausserhalb der national organisierten Staaten, eine Mobilisierung auf europaweiter Ebene?

In der Schweiz schauen Parlamentarier*innen und Zuständige Minister*innen interessiert auf die GEAS-Entwicklungen. Von ihrer Seite ist kaum Widerstand gegen die Entrechtung zu erwarten, sie reiben sich wohl eher leise die Hände. Wenn über GEAS gesprochen wird, sitzt die offizielle Schweiz als assoziiertes Schengen/Dublin-Mitglied mit beratender Stimme mit am Verhandlungstisch. Und ähnlich wie beim Frontex-Budgetbust müsste die Schweiz einen neuen Vertrag unterschreiben gegen den ein Referendum ergriffen werden könnte. Wäre eine Kampagne wie im Zuge des Referendums gegen Frontex eventuell eine Möglichkeit? Schweizweit, vernetzt aussereuropäisch und europäisch, fokussiert auf die Aussengrenzen aber widerständig vor Ort, wo die Mächtigen sich die Hände reiben?

Das Camp Moria auf Lesbos ist ein Laboratorium für das entrechtende „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS).



Erinnerung ist Macht: In Gedenken an Todesopfer der polnisch-belarusischen Grenze

Am Jahrestag der Ermordung von Maxwell Itoia durch die polnische Polizei machte eine Aktivist*in die Todesopfer an der polnisch-belarusischen Grenze sichtbar. Sie wurden ermordet von einem System geschlossener Grenzen, einer Festung Europa, von der rassistischen Politik der Behörden.

Ein Beitrag des No Borders Team

„Erinnerung ist Macht!“ Diese Worte klangen bei dem Treffen zum Gedenken an das Leben und den Jahrestag der Ermordung von Maxwell Itoia am stärksten nach. Max wurde im Millennium-Stadion in Warschau, dem größten Markt jener Jahre in Osteuropa, von einem Polizisten in den Oberschenkel geschossen. Die Polizeibeamten taten nichts, um Maxwells Leben zu retten. Sie halfen ihm nicht, erlaubten niemandem, ihm zu helfen, die Blutung zu stillen, und riefen keinen Krankenwagen.

Maxwell Itoia verblutete zwischen den Ständen. Und er wollte nur helfen, zwischen seinen Kolleg*innen und der Polizei zu vermitteln, die wie jeden Tag eine weitere Personenkontrolle unter den im Stadion arbeitenden Migrant*innen durchführte. Für Maxwells Ermordung gab es keine Konsequenzen, und seine Frau und seine beiden Kinder erhielten nie eine Entschädigung oder eine Entschuldigung. Sie zogen schließlich aus Polen weg. Die Witwe hatte die Nase voll von der institutionellen Diskriminierung und der rassistischen Haltung gegenüber ihr und ihren Kindern. Es



ist nun 13 Jahre her, und seit 13 Jahren treffen sich Menschen, die sich an die Auslöschung der Geschichte von Migranten und Migrantinnen und der Polizeigewalt erinnern und damit nicht einverstanden sind, an demselben Ort.

In diesem Jahr sprach neben einem nigerianischen Aktivisten, der zum kollektiven Nachdenken über das Problem des Rassismus und der Polizeigewalt und zur Gerechtigkeit für deren Opfer aufrief auch ein Vertreter der Union der «Polen afrikanischer Gesellschaft», die seit fast zwei Jahren Menschen auf der Flucht unterstützt, die über die polnisch-belarusische Grenze reisen. Ihre Worte: «Die Realität an der Grenze: ein gefährlicher Weg, systemische Gewalt und die Rolle der Macht.»

Bislang sind 45 Opfer der humanitären Krise als tot dokumentiert worden:

1. Ahmed Hamid al-Zabhazi, 29 Jahre, Irak
2. Unbekannt
3. Mustafa Mohammed Murshed Al-Raimi, 37 Jahre, Jemen
4. Wafaa Kamal, 38 Jahre, Irak
5. Unbekannt, Irak
6. Unbekannt, 16 Jahre, Irak
7. Unbekannt
8. Unbekannt
9. Issa Jerjos, 24 Jahre, Syrien
10. Farhad Nabo, 33 Jahre, Syrien
11. Unbekannt, 33 Jahre, Syrien
12. Ahmed Al Hasan, 19 Jahre, Syrien
13. Unbekannt
14. Unbekannt, 30 Jahre, Sri Lanka,
15. Gaylan Dier, 25 Jahre, Irak / Kurdistan
16. Kurdo Khalid, 35 Jahre, Irak / Kurdistan

17. Radza Hasan, 44 Jahre, Palästina
18. Unbekannt, 20 Jahre, Syrien
19. Halikari Dhaker, ungeborenes Kind, 24. Woche, Irak / Kurdistan
20. Avin Irfan Zahir, 38 Jahre, Irak / Kurdistan
21. Kawa Anwar Mahmood al-Jaf, 25 Jahre, Irak
22. Unbekannt, Nigeria
23. Unbekannt, 26 Jahre, Jemen
24. Unbekannt
25. Unbekannt, 26 Jahre, Jemen
26. Unbekannt, 50 Jahre, Syrien
27. Siddig Musa Hamid Eisa, 21 Jahre, Sudan
28. Unbekannt
29. Jaber Al Jawabra, Syrien
30. Unbekannt, 28 Jahre, Äthiopien
31. Ibrahim Jaber Ahmed, 33 Jahre, Jemen,
32. Unbekannt, Äthiopien
33. Tawfik Ali Omar Ahmed Al-Hashiri, 31 Jahre, Jemen
34. Unbekannt, 20-30 Jahre, Äthiopien
35. Njenguoue Livine, 28 Jahre, Kamerun
36. Unbekannt
37. Unbekannt
38. Yasar Sulimankhil, 23 Jahre, Afghanistan (12.03.2023)
39. Mohammad Noor Jan Gurbaz, 27 Jahre, Afghanistan (21.03.2023)
40. Unbekannt, (24.03.2023)
41. Unbekannt, (18.04.2023)
42. Unbekannt, (22.04.2023)
43. M., 58 Jahre, Syrien (23.04.2023) – starb im Hospital
44. Unbekannt
45. Unbekannt

Es ist eine Liste von 45 Menschen, die an der polnisch-belarusischen Grenze starben, ermordet von einem System geschlossener

Fortsetzung von Erinnerung ist Macht: In Gedenken an Todesopfer der polnisch-belarusischen Grenze

Länder, einer Festung Europa, der rassistischen Politik der Behörden. Die Polizei ist eine rassistische und faschistische Institution, die die Reichen gegen die Armen verteidigt.

Bei den Menschen, deren Namen ich gelesen habe, handelt es sich hauptsächlich um Menschen, die auf polnischem Gebiet starben; wir wissen nicht, wie viele auf belarusischer Seite starben. Diese Menschen suchten einen sicheren Ort in Europa, eine Heimat und eine Zuflucht. Wirtschaftliche Situationen, Kriege und Klimakatastrophen zwingen Menschen dazu, aus ihren eigenen Ländern zu fliehen, weil sie dort nicht mehr sicher leben können. Dürren, Überschwemmungen, Brände, Tornados, hohe Temperaturen, Nahrungsmittelknappheit, Kriege, fehlender Zugang zu Wasser – ein Bild der globalen Katastrophe. In den sechs Monaten zwischen September 2020 und März 2021 mussten rund 10,3 Millionen Menschen aufgrund solcher Extremereignisse ihre Heimat verlassen.

Die Route an der polnisch-belarusischen Grenze ist seit Sommer 2021 eine Route nach Europa. Die polnischen und belarusischen Behörden haben eine Straftat nach der anderen begangen. Die polnischen Behörden, der Grenzschutz, die Armee und die Polizei nehmen keine Asylanträge an und akzeptieren auch keine Anträge an den Grenzübergängen. Im Gegenzug zwingen sie Menschen dazu, die Grenze illegal zu überqueren.

Im August 2021 hielten die Behörden illegal Menschen aus Afghanistan in Usnarz

fest. Dann verabschiedete die polnische Regierung ein illegales Gesetz zur Einrichtung einer Zone, der Zone der Schande, um den humanitären Zugang einzuschränken und es den Beamt*innen und Soldat*innen zu erleichtern, Menschen im Wald aufzuspüren, sie festzuhalten und nach Belarus zurückzuschieben.

Pushbacks sind illegal, aber in Polen wurde das Pushback-Gesetz verabschiedet, das es den Grenzschützer*innen erlaubt, Menschen unter Androhung von Tod hinter den Zaun zu abzuschieben. Sie nahmen ihnen Handys, Lebensmittel, Wasser, Medikamente und Kleidung weg, schlugen sie und ließen sie durch Flüsse schwimmen.

Und das ist noch nicht alles. Im Juli 2022 wurde der Bau einer 5,5 Meter hohen Mauer an der Grenze abgeschlossen.

Dachten sie, die Mauer würde die Menschen aufhalten und ekelerregend effektiv sein, statt nur mehr Verletzungen, gebrochene Beine und Bewusstlosigkeit zu verursachen? Und wenn man sich weiter in Polen umsieht, werden bewachte Zentren für Ausländer*innen betrieben – Gefängnisse, oft

ohne Zugang zu angemessener medizinischer und rechtlicher Versorgung, ohne Kontakt zur Außenwelt, ohne Informationen darüber, wie lange eine Person im Gefängnis sein wird und was danach passieren wird.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sie uns zum Schweigen bringen und uns beleidigen!

Wir können nicht zulassen, dass sie siegen und solche Verbrechen fortsetzen.

Wir müssen weitergehen, Schulter an Schulter, in Solidarität, Kraft und Gedenken.“

Zürich: Lärmdemo gegen Eso-Nazis im Volkshaus

Vergangenen Samstag machte die Gruppe «Reclaim Volkshaus» Lärm gegen Esos, Schwurbl*innen und Nazis beim Kongress «Vision des Guten und Manifest der neuen Erde» im Volkshaus Zürich. Im Vorfeld wurde erfolglos mit einer Petition versucht, die Veranstaltung zu verhindern und das Volkshaus an seine Leitlinien zu erinnern.

Am Kongress «Vision des Guten und Manifest der neuen Erde» traten bekannte Personen wie der Esoterik-Star Christina von Dreien aus dem Toggenburg oder der umstrittene Historiker und Verschwörungstheoretiker Daniele Ganser auf.

Ursprünglich eingeladen war auch der neu-rechte Esoteriker und Anastasia-Propagandist Ricardo Leppe. Er wurde nach der öffentlich geäußerten Antisemitismus-Kritik wieder ausgeladen.

«Die Protagonist*innen dieses Kongresses wenden sich politisch gegen jeden einzelnen Fortschritt, den die Arbeiterklasse jemals erkämpft hat. Das politische Ziel dieser Leute besteht darin, all diese Fortschritte anzugreifen und sie durch eine völkisch-nationalistische, totalitäre Ideologie

zu ersetzen. Sie verlangen ernsthaft, direkt ins Mittelalter zurückzukehren, um die Bevölkerung mit einer elitären esoterischen Priesterkaste anzuführen», schreibt Reclaim Volkshaus. «Das ist keine Frage der Meinungsfreiheit. Das Volkshaus Zürich unterstützt hier offene reaktionäre Angriffe auf die hart erkämpften Errungenschaften der Linken. Gegen diese Angriffe werden wir uns entschlossen zur Wehr setzen.» Auf die öffentliche Kritik haben zahlreiche Medien reagiert und auch das Volkshaus musste sich öffentlich mit der Durchführung der Veranstaltung auseinandersetzen. Viel zu oft werden die am Kongress vertretenen, reaktionären Positionen dabei als «Meinungsfreiheit» gerechtfertigt.



*Lautstarke Demo in Zürich für «Euses Volkshus» und gegen rechte Esos und völkische Verschwörungstheoretiker*innen.*

Rassist*innenehrung: Umbenennung des Raiffeisenplatzes in St. Gallen gefordert

Statt nach einem Rassisten und Antisemiten soll er zukünftig den Namen von Recha Sternbuch tragen, die zur Zeit des Nationalsozialismus geflüchtete Jüd*innen unterstützte. Proteste um Strassennamen sind hochpolitisch, da sie sich verändernde Bewertungen historischer Personen und Ereignisse sichtbar machen.

Seit 2005 heisst der Rote Platz in St. Gallen Raiffeisenplatz. Eine kritische Auseinandersetzung machte die antisemitische Haltung des Bankpioniers öffentlich bekannt und führte zur Forderung der Umbenennung des Platzes zugunsten der Jüdin Recha Sternbuch, die von 1905 bis 1971 in St. Gallen lebte. Zur Zeit des Nationalsozialismus holte sie unter hohem persönlichen Risiko immer wieder flüchtende Personen an der Grenze ab, beherbergte sie in St. Gallen und organisierte ihre Weiterreise. Diese Art der Fluchthilfe wird heute positiv als Zivilcourage und gesellschaftliches Engagement bewertet und verdient öffentliche Anerkennung.

Weltweit wird die Diskussion um Strassennamen als Mittel des politischen Protestes

oder auch als politisches Feigenblatt verwendet. So wurden in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg direkt in der ersten Sitzung der Stadtverwaltung die nationalsozialistischen Strassennamen abgeschafft und ersetzt, um sich von den Taten der Vorgänger*innen zu distanzieren. Die seit Jahren geforderte Umbenennung der kolonial-rassistisch benannten „M-Strasse“ in Berlin hat sich hingegen noch immer nicht durchgesetzt.

Andere Städte wie Freiburg haben direkt eine Kommission beauftragt, alle Strassennamen der deutschen Stadt zu überprüfen, ob die bedenklich sein könnten, zum Beispiel weil sie nach Personen benannt sind, die bei den Nazis aktiv, die rassistisch oder frauenfeindlich waren. Am Ende wurden



Die Forderung zur Umbenennung der M-Strasse in Berlin hat sich noch nicht durchgesetzt.

zwölf Strassen komplett umbenannt, 15 andere wurde als „diskussionswürdig“ eingestuft. An diesen Strassen sollten dann Zusatzschilder mit Hintergründen zu den Personen angebracht werden. Im deutschen Riesa hat eine Strassenumbenennung dazu geführt, dass das Verlagsbüro der rechten NPD heute statt in der „Mannheimer Straße“ in der „Geschwister-Scholl-Straße“ ist. In St. Gallen wird die Diskussion um die

Umbenennung des Raiffeisenplatzes von zahlreichen Personen des öffentlichen Lebens getragen. Und auch in anderen Schweizer Städten steigt das Bewusstsein für die politische Bedeutung von Strassennamen. Luzern beispielsweise möchte in Zukunft als Schritt zu mehr Gleichberechtigung Frauennamen für Strassen priorisieren.

Zug: Protestaktion vor Glencore-GV



Letzten Freitag fand in Zug die Generalversammlung des Rohstoffriesen Glencore statt. Rund 50 Personen demonstrierten vor dem Theater Casino, in dem sich die Aktionäre trafen. Darunter auch Vertreter*innen aus Peru des Yupka Solidarity Network. Die Yupka ist eine indigene Gemeinschaft, welche im heutigen Kolumbien und Venezuela lebt. Glencore betreibt in Kolumbien und Peru Minen, welche die Umwelt zerstören und die indigene Bevölkerung vertreiben. Dabei schreckt Glencore auch nicht davor

zurück, wie im Falle Kolumbiens ein ganzes Land zu verklagen, wenn es seine Geschäftsinteressen bedroht sieht. Der Tiefsteuer-Kanton Zug findet an den neokolonialen Praktiken von Glencore aber seit je her keinen Anstoss und hofiert den Konzern, wo es nur geht. Darum richtete sich der Protest auch gegen die geplante Umsetzung der OECD-Mindeststeuer, mit welcher das Geld wieder zu Rohstoffkonzernen wie Glencore zurückfliessen würde.

Knast für Antifaschismus

»Antifa Ost«-Prozess: Lina E. zu über fünf Jahren Haft verurteilt. Leipzig schränkt Versammlungsfreiheit ein

<https://www.jungewelt.de/artikel/451809.repression-gegen-linke-knast-f%C3%BCr-antifaschismus.html>

Lesestunde. Importierte Queerfeindlichkeit und rechter Kulturkampf an den Schulen

Die CSU skandalisiert Lesungen von Drag-Künstler*innen als angebliche Gefährdung des Kindeswohls, die SVP attackiert Gender-Tage. Sie übernehmen dabei die brandgefährliche queerfeindliche Agenda der US-amerikanischen Rechten, und zwar auf Kosten von Kindern und Jugendlichen.

<https://geschichtedergegenwart.ch/lesestunde-importierte-queerfeindlichkeit-und-rechter-kulturkampf-an-den-schulen/>

Strukturelles Problem – Rassismus in der Schweiz: Für Schwarze Menschen allgegenwärtig

Für Schwarze Menschen ist Rassismus allgegenwärtig: Mal mehr, mal weniger, aber immer da. Für viele weisse Schweizerinnen und Schweizer ist das schwer nachvollziehbar. Sie denken, weil die Schweiz keine eigenen Kolonien hatte, habe die Schweiz auch nichts mit Rassismus zu tun.

<https://www.srf.ch/sendungen/dok/strukturelles-problem-rassismus-in-der-schweiz-fuer-schwarze-menschen-allgegenwaertig>

Der Raiffeisen-Gründer und die «Judenfrage»

2005 gestaltete die Künstlerin Pipilotti Rist in St. Gallen den Raiffeisenplatz. Jetzt fordert sie mit jüdischen Persönlichkeiten sowie Historikern und Politikern eine Umbenennung. Denn heute weiss man: Namensgeber Friedrich Wilhelm Raiffeisen war ein notorischer Antisemit.

<https://www.republik.ch/2023/05/26/der-raiffeisen-gruender-und-die-judenfrage>

Wer hat Angst vor multikulturellen Kinderbüchern?

Ein Blick in die USA zeigt, dass die Warnung vor linker Cancel Culture und Wokeism in Wirklichkeit eine massive Verbotschwelle von Kinder- und Jugendbüchern vorbereitet hat, die über Rassismus und Sexismus aufklären. Philip Nel über Geschichte und Aktualität des konservativen Zensureifers.

<https://geschichtedergegenwart.ch/wer-hat-angst-vor-multikulturellen-kinderbuechern/>

Podcasts

Extrem rechts – Der Hass-Händler und der Staat

Ein Rechtsextremist, hunderte Ermittlungsverfahren, kaum Urteile. Betroffene verzweifeln. Der ARD-Podcast “Extrem rechts” fragt: Kann es sein, dass der Rechtsstaat bei Extremisten wie Sven Liebich an seine Grenzen stößt?

<https://www.ardaudiothek.de/sendung/extrem-rechts-der-hass-haendler-und-der-staat/12693367/>

Hörkombinat:Politik: Die Türkei wählt – Ein Blick durch die soziale Brille

Ein Gespräch mit WOZ-Redaktorin Çiğdem Akyol über Recep Tayyip Erdoğan's erfolgreichen Wahlkampf.

<https://www.woz.ch/hoerkombinat>

Wer ist antira.org?

antira.org ist ein Zusammenhang von herrschaftskritischen Antirassist*innen in der Deutschschweiz. Wir sind autonom vernetzt, bezahlen keine Löhne und leben von solidarisch-widerständiger Arbeitszeit. Wir sind offen für Menschen, die unsere politischen Analysen, Ziele und Mittel teilen. Aktuell wird antira.org von weiss-sozialisierten Personen betrieben. Wir wollen rassistische Privilegien nutzen, um Rassismus zu bekämpfen. Dennoch sehen wir uns von Rassismus (mit-)geprägt und versuchen unsere Sozialisierung und Position innerhalb der rassistischen Gesellschaft kritisch und intersektional zu reflektieren. Für die Ausrichtung von antira.org finden wir es wichtig, im Austausch und Dialog mit nicht-weissen Personen und Zusammenhängen zu stehen und würden es begrüßen, wenn schwarze oder PoC-Kompliz*innen bei antira.org mitmachen würden. Wann immer möglich, nehmen wir auch Berichte und Analysen von BPoC-Personen, Kollektiven oder Strömungen auf. Bitte schickt uns solche Texte, Berichte, Analysen, Veranstaltungshinweise etc. an antira@immerda.ch.

10. Juni 2023
14–16 Uhr

de

INTERAKTIVER WORKSHOP GEGEN RASSISTISCHE POLIZEIKONTROLLEN UND STRUKTURELLEN RASSISMUS IN LUZERN



SOLINETZ
LUZERN
FÜR
GEFLÜCHTETE
MENSCHEN

HelloWelcome
flüchten. ankommen. Heimat finden.

Besuchsgruppe
Nothilfeunterkünfte
Luzern

www.solidarisch-luzern.ch

SOLIDARITÄT KENNT KEINE GRENZEN



10.–20.
JUNI
2023

